

Arbeiterklasse und ihrer Partei einsetzen, z. B. Wilhelm Külz, Hans Loch, Otto Nuschke und Johannes Dieckmann, spielten eine große Rolle in den Auseinandersetzungen mit reaktionären Mitgliedern und beeinflussten damit den Wandlungsprozeß ihrer Parteien. Sie konnten sich dabei auf die Hilfe und Förderung durch die SED stützen. Deren unerschütterlicher Kurs, das Bündnis mit allen progressiven sozialen und politischen Kräften zu festigen, ermutigte die vorwärtsdrängenden Persönlichkeiten in den Blockparteien, die Auseinandersetzung mit jenen zu führen, die sich dem Weg der sozialistischen Umgestaltung entgegenstellen wollten.

Die Festigung der Staatsmacht unmittelbar nach der Gründung der DDR vollzog sich in Übereinstimmung mit der Verfassung hauptsächlich über den Ausbau des Systems der staatlichen Machtorgane, die Verbesserung der Arbeitsweise der staatlichen Organe und ihrer Mitarbeiter sowie über das Befähigen der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen, die errungene politische Macht in der Praxis tatsächlich auszuüben. Zu diesem Zwecke wurden viele Bürger in die staatliche Leitungstätigkeit einbezogen, wodurch sie sich die notwendigen Kenntnisse und Fähigkeiten erwarben.

Von großer Bedeutung waren die ersten Volks wahlen, die auf der Grundlage der Verfassung am 15. Oktober 1950 stattfanden. Die gemeinsamen politischen und sozialökonomischen Ziele veranlaßten die im Demokratischen Block vereinigten Parteien und Massenorganisationen, vor den Wählern mit einem *einheitlichen Wahlprogramm und einer gemeinsamen Kandidatenliste der Nationalen Front* aufzutreten.

Der Beschluß des Demokratischen Blocks über die Verteilung der Mandate wurde vom I. Nationalkongreß der Nationalen Front des demokratischen Deutschland bestätigt. Dieser beschloß zugleich das gemeinsame Wahlprogramm. Ferner wählte er als das oberste Gremium der Nationalen Front den aus Vertretern aller Bevölkerungsschichten zusammengesetzten Nationalrat.

Bei einer hohen Wahlbeteiligung von 98,5 Prozent stimmten 99,7 Prozent der Wähler für das Programm und die Kandidaten der Nationalen Front. Der Verlauf der Wahlbewegung führte zu einer Festigung der Nationalen Front, des Bündnisses der SED mit

den anderen Parteien des Demokratischen Blocks und zur Bereitschaft vieler Bürger, aktiv an der staatlichen Leitung mitzuwirken. Die 1950 praktizierte Form des Kampf- und Wahlbündnisses der in der Nationalen Front zusammengeschlossenen Kräfte war von prinzipieller Bedeutung für die weitere Gestaltung des Wahlsystems der DDR. Seitdem wurden alle Wahlen nach diesem Prinzip durchgeführt.

Gemäß Art. 52 Abs. 3 der Verfassung bestand die Volkskammer aus 400 Abgeordneten. Die Mandate waren folgendermaßen verteilt:

SED	100	FDGB	40
CDU	60	FDJ	20
LDPD	60	DFD	15
NDPD	30	KB	20
DBD	30	WN	15
		VdgB	5
		Genossenschaften	5

Im Wahlsystem der DDR spielt seitdem diese Form des Wahlbündnisses eine prägende Rolle. Aber auch andere Elemente demokratischer Wahlen, wie die öffentliche Vorstellung und Rechenschaftslegung der Kandidaten bzw. der Abgeordneten, das Recht der Wähler, Vorschläge und Empfehlungen zu unterbreiten und die Streichung von Kandidaten zu beantragen, fanden ihren festen Platz (vgl. Kap. 7).

Mit dem Gesetz über die Regierung der DDR vom 8. November 1950 (GBl. 1950 Nr. 127 S. 1135) wurde ein wichtiger Schritt in der Entwicklung der zentralen staatlichen Leitung getan. In diesem Gesetz konnten erste Erfahrungen der Regierungstätigkeit verallgemeinert werden. Sie führten u. a. zur Gründung der Staatlichen Plankommission als Organ des Ministerrates zur Ausarbeitung und systematischen Kontrolle der Durchführung der Volkswirtschaftspläne sowie zur Bildung der Zentralen Kommission für Staatliche Kontrolle. Diese weiterentwickelte Regierungsstruktur machte sich besonders im Hinblick auf grundlegende gesellschafts- und wirtschaftspolitische Entscheidungen notwendig. So wurde die DDR am 29. September 1950 gleichberechtigtes Mitglied im Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe. Damit war eine wichtige Bedingung für die sich anbahnende planmäßige ökonomische Zusammenarbeit mit den Ländern der sozialistischen Staatengemeinschaft gegeben. Dies stellte höhere Anfor-